Deutscher Bundestag
4. Wahlperiode

Drucksache IV/2586

Mündliche Anfragen

gemäß § 111 der Geschäftsordnung (Fragestunde) für die

**136. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Dienstag, dem 13. Oktober 1964**

**137. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Donnerstag, dem 15. Oktober 1964**

**138. Sitzung des Deutschen Bundestages
am Freitag, dem 16. Oktober 1964**

I. Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

I. 1. Abgeordneter **Dr. Mommer** *)

Warum hat die Bundesregierung bisher noch keinen Nachfolger für das Anfang dieses Jahres aus der Kommission der Europäischen Atomgemeinschaft ausgeschiedene deutsche Mitglied Heinz L. Krekeler ernannt?

I. 2. Abgeordneter **Dr. Mommer** *)

Ist sich die Bundesregierung bewußt, daß ihr in Frage I/1 erwähntes Zögern für die deutschen Interessen von großem Schaden sein kann?

I. 3. Abgeordneter **Dr. Mommer** *)

Treffen Meldungen zu, wonach die französische Regierung die Zustimmung zur Ernennung des Bundestagsabgeordneten Margulies verweigert hat, weil dieser die französische Europapolitik auf dem FDP-Parteitag in Duisburg kritisiert hatte?

I. 4. Abgeordneter **Ertl** *)

Ist der Bundesregierung bekannt, ob und inwieweit im Zuge italienischer Polizeimaßnahmen und Repressalien in Südtirol in der ersten Septemberwoche bundesdeutsche Urlauber unwürdig und rechtswidrig behandelt worden sind?

I. 5. Abgeordneter **Ertl** *)

Was gedenkt die Bundesregierung in Hinkunft zum Schutze deutscher Urlauber vor den in Frage I/4 erwähnten Übergriffen zu unternehmen?

I. 6. Abgeordneter **Ritzel**

Wie hoch sind die Leistungen der Bundesrepublik Deutschland für den Personenkreis, der 1948 durch den arabisch-israelischen Krieg seine Heimat verloren hat?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

Druck: Buchdruckerei Peter Meier, 5201 Buisdorf/Siegburg
Alleinvertrieb: Dr. Hans Heger, 532 Bad Godesberg, Postfach 821, Goethestraße 54, Tel. 6 35 51

I. 7. Abgeordneter **Kaffka**

Entsprechen die erneut in der deutschen Presse auftauchenden Meldungen der Wahrheit, nach denen von französischer Seite die Rückgabe der Deutschen Botschaft in Paris ermöglicht worden sein soll, nachdem die Bundesregierung die Abtretung des nördlich Weissenburg gelegenen Mundatwaldes (Abkommen zur Regelung verschiedener Grenzfragen vom 31. Juli 1962) zugesagt hat?

II. Geschäftsbereich des Bundesministers des Innern

II. 1. Abgeordneter **Jahn *)**

Aus welchen Gründen hat kein Mitglied der Bundesregierung, keiner der Staatssekretäre des Auswärtigen Amts und des Bundesinnenministeriums, auch nicht der Leiter der Kulturabteilung des Auswärtigen Amts oder ein sonstiger zuständiger Abteilungsleiter an dem internationalen Ereignis der Eröffnung der Ausstellung „documenta III" am 27. Juni 1964 in Kassel teilgenommen, obwohl dort Künstler mit internationalem Namen und hervorragende Vertreter des kulturellen Lebens aus aller Welt versammelt waren?

II. 2. Abgeordneter **Sänger *)**

Wieviel und welche Dienststellen des Bundes und der Länder sind bei der Prüfung und Erteilung von Sichtvermerken, um die von Ausländern nachgesucht wird, beteiligt?

II. 3. Abgeordneter **Sänger *)**

Werden Ersuchen um Sichtvermerke von Ausländern etwa aus den Mitgliedstaaten des NATO-Paktes anders behandelt als entsprechende Ersuchen von Ausländern aus Staaten etwa des Warschauer Paktes?

II. 4. Abgeordneter **Sänger *)**

Wie erklären sich die effektiv vorhandenen, zeitlich beträchtlichen Unterschiede bei der Erteilung der Sichtvermerke an Antragsteller aus verschiedenen Ländern?

II. 5. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen *)**

In welcher Form wird die Bundesregierung entsprechend den Schlußbemerkungen in dem Bericht der Bundesregierung — Drucksache IV/2429 — über den Ausbau Berlins als Stätte der Bildung, der Wissenschaft und der Kunst (Ziffer VI) initiativ werden, um gemeinsame Planungen von Berlin, Bund und Ländern auf der Grundlage des vom Senat von Berlin erstatteten „Zweiten Berichts über den Ausbau Berlins als Stätte der Bildung, der Wissenschaft und der Kunst" vom 1. November 1963 in Gang zu bringen?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

III. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wohnungswesen, Städtebau und Raumordnung

III. 1. Abgeordneter **Folger *)**

Ist die Bundesregierung der gleichen Meinung wie Ministerialdirektor Schornstein vom Bundeswohnungsbauministerium, daß das hohe Wohnungsdefizit in München weder 1970 noch im Jahre 2000 beseitigt sein wird, die Altbaumieten aber dennoch nach dem 31. Dezember 1965 freigegeben werden müßten, um die Hausbesitzer nicht darunter leiden zu lassen?

III. 2. Abgeordneter **Fritsch *)**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß der Landesbank bayer. Haus- und Grundbesitzer in München eine erhebliche Anzahl von Anträgen auf Gewährung von Instandsetzungsdarlehen aus dem Zonenrand- und Grenzlandgebiet vorliegt, die nicht erledigt werden kann, da die für die Wohnungsinstandsetzung eingesetzten Haushaltsmittel noch nicht in vollem Umfange freigegeben sind?

III. 3. Abgeordneter **Fritsch *)**

Ist die Bundesregierung bereit, mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse des Althausbesitzes im Zonenrand- und Grenzlandgebiet eine verstärkte Mittelzuteilung für diese Gebiete vorzusehen?

III. 4. Abgeordneter **Dr. Huys**

Zu welchem Zeitpunkt kann mit der im Bundesbaugesetz § 2 Abs. 10 angekündigten Verordnung über die Darstellung im Flächennutzungsplan gerechnet werden?

IV. Geschäftsbereich des Bundesministers — Der Vorsitzende des Bundesverteidigungsrates

IV. 1. Abgeordneter **Erler**

Trifft es zu, daß der Bundesverteidigungsrat in seiner Sitzung vom 4. September 1964 das Bundesverteidigungs- und das Bundesinnenministerium beauftragt hat, Äußerungen aus der Sozialdemokratischen Partei, den Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaft „Kampf dem Atomtod" seit dem 1. Januar 1961 mit dem Ziel zusammenzustellen, Bundeswehr- und Verteidigungsfeindlichkeit zu beweisen?

IV. 2. Abgeordneter **Erler**

Ist die Bundesregierung der Auffassung, daß der Bundesverteidigungsrat die Sicherheit der Bundesrepublik gegen äußere Bedrohungen und gegen Gefährdungen durch Feinde der freiheitlich-demokratischen Grundordnung vorzubereiten hat, oder meint die Bundesregierung, der Bundesverteidigungsrat habe die den politischen Parteien der Regierungskoalition obliegende Aufgabe der innenpolitischen Auseinandersetzung mit Andersdenkenden zu organisieren?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

V. Geschäftsbereich des Bundesministers für Arbeit und Sozialordnung

V. 1. Abgeordneter **Bading *)**

Aus welchem Grunde sind den Versorgungsämtern noch nicht die Durchführungsverordnungen zu §§ 13 (orthopädische Versorgung usw.), 30 Abs. 1 (Minderung der Erwerbsfähigkeit), § 31 Abs. 5 (Schwerbeschädigtenzulage), § 33 (Pflegezulage) des Zweiten Neuordnungsgesetzes zugegangen?

V. 2. Abgeordneter **Bading *)**

Wann werden die Versorgungsämter die Durchführungsverordnungen zum Zweiten Neuordnungsgesetz erhalten?

V. 3. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt) *)**

Haben die Untersuchungen der Bundesregierung zur Ermittelung anderer oder zusätzlicher Bemessungsgrundlagen für die Festsetzung von Sozialbeiträgen Ergebnisse gezeitigt, um gesetzliche Maßnahmen zur Ablösung der Lohnkopfbezogenheit der Sozialabgaben einzuleiten?

V. 4. Abgeordneter **Dr. Lohmar**

Hält die Bundesregierung es für vertretbar, wenn bei der Klärung einer Versorgungsangelegenheit wie der des Herrn G. Wagner aus Gütersloh mehr als zehn Monate vergehen, ohne daß eine Entscheidung zugunsten des Schwerkranken abzusehen ist?

V. 5. Abgeordneter **Hilbert**

Ist die Bundesregierung bereit, durch Änderung des Kindergeldgesetzes auch den sog. Grenzgängern, die in der Bundesrepublik zur Einkommensteuer herangezogen werden, das gesetzliche Kindergeld zu gewähren?

V. 6. Abgeordnete **Frau Dr. Diemer-Nicolaus**

Ist die Bundesregierung bereit, entsprechend der Empfehlung des 45. Deutschen Juristentages alsbald eine Neuregelung des Verwaltungsverfahrens der Sozialversicherung durch Neufassung des Ersten oder Sechsten Buches der RVO durchzuführen?

V. 7. Abgeordneter **Moersch**

Sieht die Bundesregierung einen Zusammenhang zwischen dem vom Bundesarbeitsminister in seinen Veröffentlichungen vom 6. August und 28. September 1964 festgestellten zu geringen Vermögenszuwachs bei den Arbeitnehmern und der Sozialgesetzgebung, insbesondere der Gesetzgebung zur Alterssicherung der Arbeitnehmer?

V. 8. Abgeordnete **Frau Dr. Maxsein**

Bis wann kann mit der Vorlage des Ratifizierungsgesetzes für das Abkommen der Mitgliedstaaten des Europarats über die Ausgabe internationaler Reparaturgutscheine für ortho-

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

pädische Apparate an militärische und zivile Kriegsversehrte, das von der Bundesregierung am 17. Dezember 1962 unterzeichnet wurde, gerechnet werden?

VI. Geschäftsbereich des Bundesministers der Justiz

VI. 1. Abgeordneter **Jahn *)**

Wie beurteilt der Herr Bundesjustizminister den Vorschlag des Bundes der Strafvollzugsbediensteten Deutschland e. V., eine Bundesakademie für Strafvollzugsbeamte zu errichten?

VI. 2. Abgeordneter **Dr. Stecker**

Hält es die Bundesregierung für mit den Grundsätzen der Pressefreiheit vereinbar, daß das Amtsgericht Emden auf Antrag der SPD-Organisation in Emden der „Ostfriesen-Zeitung" drei Tage vor der Kommunalwahl durch einstweilige Verfügung untersagt hat, ein Interview mit dem Oberbürgermeister der Stadt Emden zu veröffentlichen?

VI. 3. Abgeordneter **Dr. Stecker**

Sieht die Bundesregierung in einer solchen in Frage VI/2 aufgezeigten Praxis nicht die Gefahr der Einführung einer Vorzensur auf dem Weg über die Justiz?

VI. 4. Abgeordneter **Dr. Stecker**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, durch gesetzliche Maßnahmen für die Zukunft ähnliche Vorfälle wie den in Frage VI/2 genannten zu verhüten?

VI. 5. Abgeordnete **Frau Dr. Maxsein**

Welches ist der gegenwärtige Stand der Ratifizierung der am 17. Dezember 1962 von der Bundesregierung unterzeichneten Europäischen Konvention über die Haftpflicht der Gaststättenbesitzer für die von den Reisenden mitgebrachten Gegenstände?

VI. 6. Abgeordneter **Hammersen**

Teilt die Bundesregierung die durch ein Zeitungsinterview bekanntgewordene Auffassung eines Staatsanwalts der Staatsanwaltschaft Koblenz, daß „große Teile der deutschen Wirtschaft korrupt" seien und daß sich „ein weit verbreitetes System von Korruption bei zahlreichen Firmen mit Bundeswehraufträgen zur Perfektion entwickelt" habe?

VII. Geschäftsbereich des Bundesministers der Finanzen

VII. 1. Abgeordneter **Ertl *)**

Warum erhalten Redaktionen der landwirtschaftlichen Wochenblätter nicht denselben Werbungskostenpauschalsatz wie die Journalisten fast aller übrigen Wochenzeitungen?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

VII. 2. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert *)**

Wird die Bundesregierung dafür Sorge tragen, daß die erheblichen Schäden an Straßen, Wegen, Brücken, Gebäuden und bestellten Feldern, die durch die amerikanischen Streitkräfte bei einem in den letzten Tagen durchgeführten Manöver in den Landkreisen Kaiserslautern, Kusel und Rockenhausen verursacht wurden und die mehrere Millionen Deutsche Mark betragen sollen, beschleunigt reguliert werden?

VII. 3. Abgeordneter **Scheuren *)**

Welche gesetzlichen Bestimmungen geben dem Herrn Bundesfinanzminister die Möglichkeit, die von den Organen der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Straßenbahnen (Körperschaft des öffentlichen Rechts), Köln, beschlossene Satzungsänderung betreffend Weihnachtszuwendungen entsprechend dem Gesetz über die Gewährung von Weihnachtszuwendungen vom 16. April 1964 (BGBl. I S. 278) abzulehnen, obwohl durch § 6 Abs. 2 des Gesetzes zur Neuordnung der Pensionskasse Deutscher Eisenbahnen und Strassenbahnen vom 5. März 1956 (BGBl. I S. 101) in der Fassung des Ergänzungsgesetzes vom 2. März 1961 (BGBl. I S. 142) diese Pensionskasse verpflichtet worden ist, ihre laufenden Versorgungsleistungen aus Versicherungsverhältnissen, die vor dem 1. Juli 1948 begründet worden sind, neu zu regeln, wenn die Versorgungsbezüge der Beamten des Bundes geändert werden?

VII. 4. Abgeordneter **Haage (München) *)**

Ist die Bundesregierung bereit, die abgabenfreie Einfuhr von Treibstoffen im internationalen Verkehr, soweit sie in Normalbehältern eingeführt werden, ohne Beschränkung der Höchstmenge zuzulassen, wie dies nach dem Zollabkommen betr. die zeitweilige Einfuhr gewerblicher Straßenfahrzeuge vom 18. Mai 1956 im Grundsatz von fast allen europäischen Ländern praktiziert wird?

VII. 5. Abgeordneter **Riedel (Frankfurt) *)**

Ist der Herr Bundesfinanzminister bereit, die Höhe der abzugsfähigen Spesensätze (Reisepauschalsätze, Tagegelder) bei der Gewinnermittlung der freien Wirtschaft gegenüber dem Finanzamt den heutigen Gegebenheiten anzupassen (s. Neufassung des Reisekostengesetzes im öffentlichen Dienst)?

VII. 6. Abgeordneter **Fritsch *)**

Ist die Bundesregierung bereit, die sofortige Freigabe von 6 Millionen DM für Zwecke der Instandsetzung von Wohnungen des Althausbesitzes in Ansehung des Umstandes vorzunehmen, daß allein im Bereich der Landesbank

---

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

bayer. Haus- und Grundbesitzer in München noch 221 Anträge mit einem Finanzierungsbetrag von 1,4 Millionen DM vorliegen?

VII. 7. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert *)**

Ist die Bundesregierung im Interesse der deutschen Unfallgeschädigten zu Maßnahmen bereit, durch die eine Wiedergutmachung der Schäden erreicht wird, die von Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte außerhalb des Dienstes — auf einer Schwarzfahrt oder mit einem nicht haftpflichtversicherten Fahrzeug — durch Verkehrsunfälle verursacht werden und wo sich die Angehörigen der Stationierungsstreitkräfte der Wiedergutmachung des Schadens dadurch entziehen, daß sie in ihre Heimat zurückversetzt werden, wodurch die Erwirkung eines deutschen Vollstreckungstitels und die Vollstreckung aus ihm praktisch nicht möglich ist?

VII. 8. Abgeordneter **Junghans**

Welche Gründe hatte die Bundesregierung, als sie im Sommer 1962 der Deutschen Bundesbahn und der Deutschen Bundespost aus dem Verkaufserlös der VW-Aktien Darlehen in Höhe von 560 Mio DM zu einem Zinsfuß von $3^1/_2\%$ gewährte, obwohl der Bund an die Stiftung Volkswagenwerk für diesen Betrag Zinsen in Höhe von 5% aufwenden muß?

VII. 9. Abgeordneter **Junghans**

Ist es richtig, daß die Deutsche Bundesbahn und die Deutsche Bundespost Darlehen in Höhe von 560 Mio DM am Geldmarkt zu einem Zinsfuß von $3^1/_2\%$ hätten aufnehmen können?

VII. 10. Abgeordneter **Junghans**

Trifft es zu, daß bereits im Sommer 1962 der damalige Staatssekretär Prof. Hettlage einen Vergleich mit der Stiftung Volkswagenwerk vorgeschlagen hat, der praktisch identisch ist mit dem im Herbst 1963 tatsächlich abgeschlossenen Vergleich?

VII. 11. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Wie kann die Entwicklung des privaten und öffentlichen Kraftverkehrs durch steuerrechtliche Regelungen im Sinne einer rationellen Ordnung nachhaltig und rechtzeitig beeinflußt werden?

VII. 12. Abgeordneter **Dr. Dörinkel**

Plant die Bundesregierung die Vorlage eines Gesetzentwurfs, der die Steuerfreiheit für die Ruhegehälter von Beamten und Ruhegehälter in der freien Wirtschaft einschließlich der Leistungen aus Unterstützungskassen in einem bestimmten Umfange vorsieht?

VII. 13. Abgeordneter **Dr. Dörinkel**

In welcher Weise gedenkt die Bundesregierung bei der in Frage VII/12 erwähnten Steuerfreiheit für Ruhegehälter die Gleichheit vor

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

dem Gesetz für diejenigen Staatsbürger zu wahren, denen derartige Versorgungsansprüche nicht zustehen, die vielmehr gezwungen sind, ihre Altersversorgung durch Ersparnisse herbeizuführen, z. B. freie Berufe, selbständige Unternehmer, Handelsvertreter usw.?

VII. 14. Abgeordneter **Schmitt-Vockenhausen**

Welchen Zweck verfolgen die von dem Verein Naturschutzpark e. V. kritisierten Landkäufe des Bundesfinanzministers in der Lüneburger Heide?

VIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten *)

VIII. 1. Abgeordneter **Dröscher**

Was gedenkt die Bundesregierung gegen eine Handhabung des Grundstückverkehrsgesetzes zu tun, wie sie zum Beispiel im Falle des Verkaufes des „Hödeshofes" bei Traben-Trarbach an industrielle Nichtlandwirte dadurch vorgekommen ist, daß das zuständige Landratsamt eine Erklärung abgegeben hat, bäuerliche Interessenten seien für den Erwerb des Gutes nicht bekannt, obwohl die Landsiedlung in Verbindung mit dem ansässigen bäuerlichen Pächter Kaufverhandlungen für den betreffenden Hof führte?

VIII. 2. Abgeordneter **Dröscher**

Ist die Bundesregierung bereit, die immer unrentabler werdende öffentliche und private Forstwirtschaft zum Ausgleich für die sogenannte „Wohlfahrtswirkung des Waldes" zu unterstützen und diese Leistung der waldbewirtschaftenden Stellen zu honorieren?

VIII. 3. Abgeordneter **Wächter**

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um den Rückgang der Rinderbestände in der Bundesrepublik aufzuhalten?

VIII. 4. Abgeordneter **Dr. Rinderspacher**

Ist die Bundesregierung bereit, die nicht zu verhindernden illegalen Einfuhren von französischem Mais-Saatgut im kommenden Jahr für den mittelbadischen Raum durch eine Ausnahmegenehmigung zu legalisieren?

IX. Geschäftsbereich des Bundesministers für Wirtschaft *)

IX. 1. Abgeordneter Dürr **)

Ist die Bundesregierung der Ansicht, daß das unentgeltliche Verabreichen von Kostproben alkoholischer oder nicht alkoholischer Getränke in Lebensmittelgeschäften ein nach § 8 des Gaststättengesetzes erlaubnispflichtiger Ausschank ist?

---

*) *Die Fragen aus den Geschäftsbereichen des Bundesministers für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten und des Bundesministers für Wirtschaft werden am 15. Oktober aufgerufen.*

**) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

IX.	2. Abgeordneter **Freiherr von Mühlen *)**	Ist die Bundesregierung bereit, bei der Deutschen Bundesbank darauf hinzuwirken, daß in Zukunft auch Geldscheine mit Berlin-Motiven herausgebracht werden?
IX.	3. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**	Wie beurteilt die Bundesregierung die Entwicklung des Personenkraftverkehrs — insbesondere des Pkw-Bestandes — auf Grund der wirtschaftlichen Gesamtentwicklung bis 1971?
IX.	4. Abgeordneter **Unertl**	Wann bringt die Bundesregierung das seit langem in Aussicht gestellte und den heutigen Zeitverhältnissen entsprechende neue Maß- und Gewichtsgesetz ein?
IX.	5. Abgeordneter **Unertl**	Ist sich die Bundesregierung darüber im klaren, daß eine Verabschiedung des Maß- und Gewichtsgesetzes in dieser Legislaturperiode fraglich ist, wenn dieses Gesetz nicht sofort dem Bundestag zugeleitet wird?
IX.	6. Abgeordneter **Mischnick**	Billigt die Bundesregierung die Zustimmung der Treuhandstelle für Interzonenhandel zur Einfuhr und zum Verkauf in der Sowjetzone rechtswidrig enteigneter Druckereimaschinen in der Bundesrepublik?
IX.	7. Abgeordneter **Mischnick**	Wie will die Bundesregierung in Zukunft verhindern, daß sich die Treuhandstelle für Interzonenhandel mit der Erteilung der in Frage IX/6 genannten Genehmigungen in Gegensatz zur Auffassung der Bundesregierung setzt, die die rechtswidrigen Enteignungen in der Sowjetzone unter Berücksichtigung der Eigentumsgarantie des Grundgesetzes als Willkürmaßnahmen ablehnt?

X. Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung

X.	1. Abgeordneter **Spies *)**	Ist die Bundesregierung bereit, verdienten Offizieren, die mangels Planstellen oder wegen überschrittener Altersgrenze nicht mehr befördert werden konnten, mit oder nach ihrem Ausscheiden aus dem Beamtenverhältnis als Anerkennung für ihre Dienste den nächsthöheren Rang als charakterisierten Rang zu verleihen?
X.	2. Abgeordneter **Jahn *)**	Billigt es der Herr Bundesverteidigungsminister, wenn in einer Schule der Bundeswehr für die Hetzschrift des Schriftstellers Kurt Ziesel „Der deutsche Selbstmord" in einem Merkblatt geworben wird?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

X. 3. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)** *)

Ist im Bundesverteidigungsministerium die Richtigkeit der Pressemeldungen nachgeprüft worden, nach denen in der zweiten Junihälfte im bayerischen Landkreis Feuchtwangen (Aurach) Angehörige einer Bundeswehreinheit Butter an Bäume geschmiert sowie Wurst, Käse, Brot und Schokolade im Wald zurückgelassen haben, ferner andere Soldaten im Landkreis Amberg (Sollnes) frisch eingesetzte Karpfen mit Seitengewehren getötet bzw. so zugerichtet haben, daß sie wegen schwerer Verletzungen getötet werden mußten?

X. 4. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)** *)

Was wurde getan, um die Täter in beiden in Frage X/3 genannten Fällen festzustellen?

X. 5. Abgeordneter **Bauer (Würzburg)** *)

Wie sind die in Frage X/3 erwähnten Täter ggf. zur Rechenschaft gezogen bzw. disziplinarisch bestraft worden?

X. 6. Abgeordneter **Mertes** *)

Was hat die Bundesregierung unternommen, um die Bevölkerung vor dem gesundheitsschädigenden Lärm zu schützen, der von tieffliegenden Düsenflugzeugen verursacht wird?

X. 7. Abgeordneter **Mertes** *)

Welchen Einfluß hat die Bundesregierung zur Verhinderung von unzumutbaren Belästigungen der Bevölkerung durch Flugzeuglärm auf die befreundeten Streitkräfte der USA, Kanadas, Frankreichs und Belgiens genommen?

X. 8. Abgeordneter **Mertes** *)

Welche Möglichkeiten sieht die Bundesregierung, um die Bevölkerung künftig besser als bisher vor dem gesundheitsschädigenden Lärm tieffliegender Düsenflugzeuge, vor allem bei der Durchbrechung der Schallmauer, zu schützen?

X. 9. Abgeordneter **Cramer**

Hält die Bundesregierung den Erlaß des Bundesverteidigungsministers „Vollstreckung und Vollzug disziplinarer Arreststrafen" vom 10. Juni 1958 — VM Bl. S. 362/58 —, insbesondere Nummern 42 und 43, für vereinbar mit der durch das Grundgesetz gewährten Unverletzlichkeit des Postgeheimnisses?

X. 10. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß der Inspekteur der Luftwaffe, Generalleutnant Panitzki, Kritik an dem Verhalten von Abgeordneten übt, wenn diese sich berechtigter Sorgen und Nöte der Bevölkerung annehmen?

X. 11. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**

Teilt die Bundesregierung die Ansicht der Abgeordneten, daß sich General Panitzki über das Verhalten und die Stellungnahme der Ab-

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

geordneten bei Protestkundgebungen gegen unzumutbaren Düsenjägerlärm eingehend hätte informieren müssen, bevor er in der Öffentlichkeit die Anschuldigung erhob, es sei „unverständlich, daß sich Abgeordnete an Protestveranstaltungen der Bevölkerung beteiligten, anstatt die Leute zu beruhigen"?

X. 12. Abgeordnete **Frau Dr. Flitz (Wilhelmshaven)**

Glaubt die Bundesregierung, es verantworten zu können, daß in den von Düsenjägerlärm betroffenen Gebieten um den Flugplatz Upjever der Schulunterricht derart gestört wird, daß z. B. von einer Schulstunde von 45 Minuten 21 Minuten verlorengehen, weil einer des anderen Wort nicht verstehen kann?

X. 13. Abgeordneter **Wächter**

Liegen Beschwerden von Landwirten aus dem Einflußgebiet der Flugplätze Upjever und Wittmundhaven (Land Niedersachsen) vor, wonach durch Düsenjägerlärm Verkalbungen und andere Schädigungen bei Rindvieh zu beklagen sind?

X. 14. Abgeordneter **Wächter**

Teilt die Bundesregierung den Eindruck des Luftwaffeninspekteurs General Panitzki, wonach die in Frage X/13 genannten Bauern einen zweiten „Grünen Plan" über die Bundeswehr finanziert haben wollen?

X. 15. Abgeordneter **Kaffka**

Ist die Bundesregierung der gleichen Meinung wie General Panitzki, der sich in einer Pressekonferenz, die sich mit der Lärmbelästigung der Bevölkerung durch Düsenjäger befaßte, dahin gehend äußerte, daß das deutsche Volk nicht zu Opfern bereit sei?

XI. Geschäftsbereich des Bundesministers für Verkehr

XI. 1. Abgeordneter **Dr. Müller-Emmert *)**

Wann wird — eingedenk der Erklärung, die der Herr Bundesverkehrsminister anläßlich einer Pressebesprechung im März 1963 im Stadthaus in Lauterecken abgegeben hat und die dahin ging, daß mit dem Bau der Umgehungsstraße der B 270, die an Lauterecken vorbeiführen und am Reckweilerhof enden soll, im nächsten halben Jahr begonnen werde — das genannte Projekt wirklich in Angriff genommen, nachdem schon fast eineinhalb Jahre vergangen sind?

XI. 2. Abgeordneter **Schwabe *)**

Trifft es zu, daß der Herr Bundesverkehrsminister am 23. Juli 1964 erklärt hat, daß die Mittel für den Straßenbau nur noch bis zum 1. September 1964 ausreichen?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI. 3. Abgeordneter **Schwabe** *)

Wird mit der in Frage XI/2 erwähnten Erklärung bestätigt, daß die Kapazität des deutschen Straßenbaugewerbes sogar in der ausgesprochenen Bausaison weitgehend brachliegen wird?

XI. 4. Abgeordneter **Schwabe** *)

Gedenkt die Bundesregierung Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um dem Straßennotstand und dem Straßenbaunotstand wirkungsvoller als seither zu begegnen?

XI. 5. Abgeordneter **Bading** *)

Ist der Herr Bundesverkehrsminister bereit, eine Begradigung der kurvenreichen Bundesstraße 253 zwischen Löhlbach und Dainrode im Kreise Frankenberg (Eder), die zu einer Reihe schwerer Verkehrsunfälle geführt hat, vornehmen zu lassen?

XI. 6. Abgeordneter **Flämig** *)

Besteht die Möglichkeit — nachdem zwischen Bundeskanzleramt, Bundesverkehrsministerium und Bundesfinanzministerium Einigkeit darüber erzielt wurde, daß weitere Mittel für den Ausbau der Bundesautobahnen und Bundesstraßen durch einen Haushaltsvorgriff für den Straßenbau bereitgestellt werden sollen —, die unhaltbaren und lebensgefährlichen Verkehrsverhältnisse an der Einmündung der Bundesstraße 43 in die Bundesstraße 8 bei Hanau/Wolfgang durch den unverzüglichen Bau des seit langem geplanten Hochkreisels zu beseitigen, um zu verhindern, daß sich allmorgendlich und allabendlich auf diesen stark befahrenen Bundesstraßen lange Autoschlangen bilden, die die Ein- und Ausfahrten in die dort liegenden großen Industriebetriebe blockieren?

XI. 7. Abgeordneter **Flämig** *)

Wann ist mit dem Bau einer weiteren Straßenbrücke über den Main mit Anschluß an die Bundesstraßen bei Hanau zur Entlastung des Durchgangsverkehrs durch die engen und dicht befahrenen Bundesstraßen, die durch die in Frage XI/6 genannte wichtige Industriestadt im Rhein-Main-Gebiet führen, zu rechnen?

XI. 8. Abgeordneter **Flämig** *)

Was wird die Bundesregierung tun, um zu verhindern, daß eine weitere Verzögerung des Ausbaues der Bundesstraße 40 im Landkreis Gelnhausen die wirtschaftliche Entwicklung im Kinzigtal empfindlich hemmt, der Kurstadt Bad Orb die dringend notwendige ordnungsgemäße Zufahrtsstrecke aus dem Raume Frankfurt und Fulda vorenthält und alle gut gemeinten Pläne der Bundesregierung für das Bundesaufbaugebiet zwischen Gelnhausen, Schlüchtern und Fulda illusorisch macht?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI. 9. Abgeordneter **Peiter *)**

Ist noch damit zu rechnen, daß das seit vielen Jahren geplante Teilstück der Lahntalstraße Diez—Laurenburg gebaut wird?

XI. 10. Abgeordneter **Josten**

Wann beabsichtigt die Bundesregierung, den alten Straßentunnel der B 267 bei Altenahr zu verbreitern bzw. dem heutigen Verkehr anzupassen?

XI. 11. Abgeordneter **Dr. Luda**

Ist die Bundesregierung bereit zu prüfen, ob der in den Vereinigten Staaten von Nordamerika entwickelte Auspuffgasnachbrenner, mit dem künftig in Kalifornien neu zugelassene Kraftwagen ausgerüstet werden müssen, auch in der Bundesrepublik zur Entgiftung der Auspuffgase verwendet werden kann?

XI. 12. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Welche Gründe stehen dem sofortigen notwendigen Bau einer Umgehungsstraße im Zuge des Main-Neckar-Schnellweges zur Entlastung der überforderten Bundesstraße 3 zwischen Darmstadt und Frankfurt noch im Wege?

XI. 13. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Warum wird der Bau der Ost-Tangente von der B 8 über den Main bei Groß- und Klein-Auheim wieder hinausgeschoben, obwohl die Verkehrslage dort, insbesondere während der Zeit des Berufsverkehrs, inzwischen unerträglich geworden ist?

XI. 14. Abgeordneter **Dr. Imle**

Kann die Bundesregierung einen Zeitpunkt angeben für den endgültigen Ausbau der sehr stark befahrenen Bundesstraße 76 von Flensburg nach Schleswig mit einer Gesamtstrecke von 35 km, nachdem seit Beginn im Jahre 1954 bis 1964 ganze 22,2 km, also durchschnittlich im Jahr 2,2 km, fertiggestellt worden sind?

XI. 15. Abgeordneter **Moersch**

Billigt die Bundesregierung die in der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" Nr. 206 vom 5. September 1964 zitierte Äußerung des Diplom-Ingenieurs Ihm vom Autobahnamt Nürnberg zum Bauzaun an der Saale-Brücke: „Wenn Leute von drüben flüchten wollen, dann sollen sie sich eine andere Stelle aussuchen. Es gibt noch mehr Wege, 'rüberzukommen"?

XI. 16. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Wuppertal)**

Welche Auswirkungen hat die Entwicklung des Personenkraftverkehrs auf die öffentlichen Verkehrsmittel, insbesondere im Nahverkehr?

XI. 17. Abgeordneter **Kaffka**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die erst teilweise neu ausgebauten Teile mancher Bundesstraßen, z. B. der B 10, sich bereits jetzt schon als zu schmal für die derzeitige Verkehrsbelastung erweisen?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XI. 18. Abgeordneter **Lemper**

Hält es die Bundesregierung für richtig, daß mit Beginn des Sommerfahrplans 1965 die im Kreise Bergheim eingesetzten Schienenbusse aus dem Verkehr gezogen werden und statt dessen mehrere Omnibusse eingesetzt werden sollen, obschon die Schienenunterbauten erst vor kurzer Zeit mit mehreren Millionen DM Kosten instand gesetzt wurden?

XI. 19. Abgeordneter **Lemper**

Falls die in Frage XI/18 bezeichnete, für die Bevölkerung unverständliche Maßnahme zutrifft, wie stellt sich die Bundesregierung zu der Frage der Personenbeförderung im Kreise Bergheim bzw. wer trägt die Mehrkosten im Schülerverkehr?

XI. 20. Abgeordneter **Lemper**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die innerhalb des Kreises Bergheim verkehrenden Bundesbahnbusse (Privatbusse im Auftrage der Deutschen Bundesbahn) nicht immer pünktlich und regelmäßig verkehren und hierdurch der Arbeiter- und Berufsverkehr stark vernachlässigt wird?

XI. 21. Abgeordneter **Hilbert**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß die Deutsche Bundesbahn die Wohnungsmieten in bundesbahneigenen Gebäuden in der letzten Zeit weit über das in der Bundesrepublik übliche Maß, z. T. über 200%, erhöht hat?

XI. 22. Abgeordneter **Hilbert**

Ist die Bundesregierung bereit, sich bei der Deutschen Bundesbahn für tragbare Wohnungsmieten in ihren bundesbahneigenen Wohnungen einzusetzen?

XI. 23. Abgeordneter **Anders**

Ist der Bundesregierung bekannt, daß bei der Deutschen Bundesbahn den Bewohnern von bundeseigenen bzw. finanziell geförderten Wohnungen bereits ab 1. August 1964 die Mieten in einer Höhe bis zu rd. 100% erhöht worden sind?

XI. 24. Abgeordneter **Eisenmann**

Ist der Bundesregierung der schlechte Bauzustand der Ufer des Nord-Ostsee-Kanals bekannt?

XI. 25. Abgeordneter **Eisenmann**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um ein Abrutschen der teilweise unterspülten Ufer des Nord-Ostsee-Kanals zu verhindern?

XI. 26. Abgeordneter **Eisenmann**

Ist die Bundesregierung bereit, ein Sofortprogramm vorzulegen, um die vorhandenen Schäden am Nord-Ostsee-Kanal zu beseitigen und den Kanal in seinem vollen Verkehrswert zu erhalten?

XI. 27. Abgeordneter **Müller (Erbendorf)**

Treffen die Zeitungsmeldungen zu, wonach die Bundesstraße 15 mit der Umgehung der Stadt Weiden (Oberpf) bis Pfreimd erst nach 1971 ausgebaut wird?

XI. 28. Abgeordneter **Folger**

Ist die Bundesregierung bereit, der Deutschen Bundesbahn im Interesse der Förderung der Berufsausbildung zu empfehlen, Schülermonatskarten auch an Praktikanten auszugeben?

XII. Geschäftsbereich des Bundesministers für das Post- und Fernmeldewesen

XII. 1. Abgeordneter **Dr. Emde *)**

Was gedenkt die Bundesregierung zu tun, um das Poststadion in Bonn, das wegen Baufälligkeit seit zwei Jahren baupolizeilich gesperrt ist, der Öffentlichkeit wieder zugänglich zu machen, nachdem die Angebote der Stadt Bonn, die Anlage zu pachten oder zu kaufen, an den Bedingungen der Deutschen Bundespost gescheitert sind?

XII. 2. Abgeordneter **Dr. Hoven *)**

Sofern Zeitungsmeldungen zutreffen, daß der Bundespostminister sich am 30. Juli 1964 in einem Gespräch mit dem früheren Bundeskanzler Dr. Adenauer und dem Stadtdirektor von Bad Godesberg bereit erklärt haben soll, „sofort die notwendigen Maßnahmen einzuleiten, um den Ortstarif zwischen Bad Godesberg und Bonn einzuführen", frage ich die Bundesregierung, wie sich diese Zusage des Bundespostministers mit den bisher in dieser Angelegenheit vorgebrachten Bedenken auch verfassungsrechtlicher Art verträgt, mit denen die von der Bevölkerung beider Städte schon lange zu Recht gewünschte Einführung des Telefon-Ortstarifs seit Jahren von ihm abgelehnt wird.

XII. 3. Abgeordneter **Ritzel**

Wie groß ist die Zahl der Fernsprechteilnehmer im Selbstwählferndienst im Vergleich zur Zahl der Fernsprechteilnehmer, die noch auf den handvermittelten Ferndienst angewiesen sind?

XII. 4. Abgeordneter **Ritzel**

Was kostet ein Ferngespräch von drei Minuten Dauer im Selbstwählferndienst von Dortmund nach Erbach im Odenwald, und was kostet ein Ferngespräch von drei Minuten Dauer im handvermittelten Fernsprechdienst von Erbach im Odenwald nach Dortmund?

XII. 5. Abgeordneter **Dr. Imle**

In welchem Umfange sind in den Monaten August und September die Einnahmen aus den Telefongebühren — und zwar nach Tages- und Nachttarif — gestiegen?

**) Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XII. 6. Abgeordneter **Dröscher**

Ist die Bundesregierung bereit, dafür zu sorgen, daß auf den Umschlägen der vom Posttechnischen Zentralamt genormten Briefe an Rentenempfänger die Aufschrift „Wenn verstorben, zurück!" wegen der damit verbundenen Verletzung der Empfindungen der älteren Adressaten sobald als möglich wieder entfällt?

XII. 7. Abgeordneter **Dr. Kohut**

Ist die Bundesregierung der Meinung, daß die Bestimmungen des Postverwaltungsgesetzes, die — entgegen den der Wirtschaft auferlegten Verwahrungszeiten — eine Vernichtung von Unterlagen im Postscheckdienst nach einem Jahr, von Postanweisungen nach einem halben Jahr vorsehen, im Hinblick auf die hierauf ruhenden Ablehnungen von Schadenersatz bei Fehlüberweisungen nicht reformbedürftig sind?

XII. 8. Abgeordneter **Dr. Eppler**

Wann ist mit der Erweiterung des Fernsprech-Ortsnetzes Neuenbürg Kr. Calw zu rechnen?

XII. 9. Abgeordneter **Cramer**

Warum verlangt die Deutsche Bundespost bei der Verwendung der Gedenkmarken zum 20. Juli 1944 die Entfernung der Randinschrift „Dem Deutschen Widerstand zum Jahrestag des 20. Juli 1944/1964"?

XII. 10. Abgeordneter **Neumann (Berlin)**

Aus welchen Gründen ist bei der neuen Postordnung, die am 1. August 1964 in Kraft getreten ist, die alte Regelung des § 13 der Postordnung vom 30. Januar 1929, nach der die Einlieferung gewöhnlicher Päckchen bescheinigt werden konnte, fallengelassen worden?

XII. 11. Abgeordneter **Neumann (Berlin)**

Ist dem Herrn Bundespostminister bekannt, daß die in Frage XII/10 genannte neue Regelung für alle Steuerpflichtigen, die Liebesgaben in die Sowjetzone an engere Angehörige schicken, zur Nichtausnutzung steuergesetzlicher Möglichkeiten und damit zu erheblichen Nachteilen geführt hat?

XII. 12. Abgeordneter **Neumann (Berlin)**

Ist der Herr Bundespostminister bereit, aus dem Rundschreiben vom 18. September 1964 an die Oberpostdirektionen den Passus „bis auf weiteres" zu streichen, so daß die neue Regelung lautet:
„Den Versendern von gewöhnlichen Päckchen in die Sowjetzone ist auf Wunsch eine Bestätigung des Versands in einfacher Form gebührenfrei zu erteilen."?

XIII. Geschäftsbereich des Bundesministers für Gesundheitswesen

XIII. 1. Abgeordnete **Frau Dr. Kiep-Altenloh *)**

Wann wird die Bundesregierung die Rechtsverordnung zur Ergänzung des § 2 der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung wegen Angabe der Herstellungszeit, zu deren Vorlage sie durch Beschluß des Bundestages vom 6. Dezember 1963 aufgefordert wurde, dem Bundesrat zuleiten?

XIII. 2. Abgeordnete **Frau Dr. Kiep-Altenloh *)**

Werden durch die vorgesehene Änderung des § 2 der Lebensmittelkennzeichnungsverordnung auch Tiefkühlnahrungsmittel mit einem Datum versehen werden?

XIII. 3. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach) *)**

Reichen die Rahmenvorschriften des Wasserhaushaltsgesetzes zur Reinhaltung der Gewässer aus, oder sieht die Bundesregierung andere Möglichkeiten, der zunehmenden Verschmutzung der Gewässer zu begegnen?

XIII. 4. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach) *)**

Mit welchen Maßnahmen und Mitteln ist die Bundesregierung bereit, die wissenschaftliche Forschung zu fördern, die der Messung von Verunreinigungen und deren Beseitigung dient?

XIII. 5. Abgeordneter **Dr. Schmidt (Offenbach) *)**

Welche Anreize kann die Bundesregierung zum Bau überörtlicher und industrieller Abwasseranlagen und damit zur Reinhaltung der Gewässer geben?

XIII. 6. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Gibt es in der Bundesrepublik zentrale Forschungsinstitute, die sich ausschließlich der Krebsforschung widmen und die an Ausstattung mit Geldmitteln und Personal mit entsprechenden Instituten in England und den Vereinigten Staaten vergleichbar sind?

XIII. 7. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Wie ist die Ausstattung mit Geldmitteln (in Millionen DM) und Personal in den zentralen Krebsforschungsinstituten der Bundesrepublik, Englands und der Vereinigten Staaten?

XIII. 8. Abgeordneter **Dr. Bechert**

Was gedenkt die Bundesregierung zu veranlassen durch Förderung der psychiatrischen Forschung und Ausbildung, um verhindern zu helfen, daß Geisteskranke, die infolge ärztlich falscher Beurteilung trotz bekannter Geisteskrankheit frei herumlaufen dürfen, Mordtaten an Kindern und Erwachsenen verüben können?

---

*) *Fragesteller hat sich mit schriftlicher Beantwortung einverstanden erklärt.*

XIII.	9.	**Abgeordnete Frau Dr. Diemer-Nicolaus**	Ist die Bundesregierung bereit, alsbald das Hebammengesetz in der Weise zu ändern, daß die Hebammen ein wirklich angemessenes Mindesteinkommen erhalten, nachdem jetzt auch das Bundesverwaltungsgericht in dem Urteil vom 16. Januar 1964 § 14 Abs. 1 Satz 3 des Hebammengesetzes, der das Mindesteinkommen von verheirateten Hebammen betrifft, für nichtig erklärt, weil er gegen Artikel 3 Abs. 2 GG verstößt?

Bonn, den 8. Oktober 1964